

Auszug aus der Niederschrift
10. Sitzung des Sozialausschusses vom 02.03.2022

2.1 Sachstandsbericht zur Umsetzung des Teilhabechancen-Gesetzes in Oberhausen
M/17/1672-01
zur Kenntnis genommen

Herr Telli -Bürgermitglied (Bgm.)- fragt nach, ob die Anzahl der fast 600 langzeitarbeitslosen Menschen, die durch das Jobcenter in eine Beschäftigung vermittelt wurden, noch erhöht werden kann.

Die Verwaltung bittet er um regelmäßige Berichterstattung.

Zum einen bittet er um Aufklärung über die in der Verwaltung einzusetzende Koordinierungsstelle, die nur kurzfristig besetzt war, zum anderen schlägt er vor, Beschäftigungen in Grundschulen zu schaffen, da in den Grundschulen Hausmeister erforderlich sind, die z.B. vor und nach Schulschluss auch als Lotsen eingesetzt werden könnten, da die Elterntaxis zunehmend eine Gefährdung für die Kinder darstellen.

Herr Koch (Bgm.) bittet um Mitteilung der Dynamik der Stellen aufgrund von Fluktuation.

Herr Stadtverordneter (Stv.) Broß erläutert, dass Oberhausen die höchste Zahl an Fünfjahresverträgen im Ruhrgebiet zu verzeichnen hat. Dennoch fragt er nach weiteren Möglichkeiten für die noch 5.800 Langzeitarbeitslosen in Oberhausen.

Herr Weinand vom Jobcenter Oberhausen teilt zur Frage vom Bgm. Telli mit, dass die Haushaltssituation leider nicht mehr Beschäftigungen zulässt. Aus dem Eingliederungstitel wurden 1,5 Millionen Euro weniger bewilligt als im Vorjahr. Eine Erhöhung der Beschäftigungen würde zu Lasten anderer Arbeitsmarktprogramme gehen.

Derzeit sind 550 Langzeitarbeitslose in Beschäftigungen, da einige der knapp 600 Langzeitarbeitslosen in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse übernommen wurden.

Aus fiskalischen Gründen kann die hohe Anzahl der Langzeitarbeitslosen nicht gesenkt werden.

Herr Dezernent Güldenzopf nimmt die Anregungen gerne mit. Er erläutert, dass in der Kernverwaltung 50 Stellen eingerichtet wurden. Bezüglich der Koordinierungsstelle teilt er mit, dass aufgrund der letzten Ausschreibung der Stelle 2 geeignete Bewerbungen gefunden wurden, diese Personen haben jedoch leider abgesagt.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/1672-01 zur Kenntnis.